

## Auftrieb für das neue Nachrichtendienstgesetz

Nadine Jürgensen, Jan Flückiger Bern 25.9.2014



Wie weit hinaus die Befugnisse des Nachrichtendienstes reichen, hängt jetzt von der politischen Steuerung ab. (Bild: Christian Beutler / Keystone)

**Der Nachrichtendienst warnt schon länger vor jihadistischen Terrorakten – auch in der Schweiz. Befürwortern des neuen Gesetzes, das neue präventive Überwachungsmöglichkeiten vorsieht, kommen die jüngsten Ereignisse entgegen.**

Die Schlagzeilen der vergangenen Tage klingen ungemütlich: «IS-Terroristen in der Schweiz», titelte die «NZZ am Sonntag» und berichtete über ein geheimes Verfahren gegen eine Zelle der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) in unserem Land. Drei verdächtige Iraker sollen in Untersuchungshaft sitzen. «IS-Terrorzelle plante Anschlag in der Schweiz», doppelte der «Tages-Anzeiger» am Mittwoch nach. Gemäss diesen Angaben wird gegen die drei Männer im Alter zwischen 28 und 33 Jahren nicht nur wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer kriminellen Organisation ermittelt, sondern auch wegen Gefährdung durch Sprengstoffe und giftiger Gase in verbrecherischer Absicht.

### **Schwierige Ermittlungen**

Die Zeitungen nennen keine Quellen. Die Behörden schweigen und dementieren nicht. Die Bundesanwaltschaft (BA) bestätigt einzig, dass sie in 20 Fällen im Bereich des radikalen Jihadismus ermittelt, darunter vier mit

Syrien-Bezug. Tatsache ist, dass der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) in seinem Lagebericht vom vergangenen Februar auf die Bedrohung des jihadistischen Terrorismus aufmerksam machte. Gefahr gehe auch von ideologisch radikalisierten Einzeltätern aus, die in der Schweiz Terroranschläge verüben könnten. Die Zahl der beobachteten mutmasslichen Jihad-Reisenden in den Irak und nach Syrien hat sich seit Jahresbeginn von 15 auf rund 25 erhöht.

Für die Bundesanwaltschaft gestalten sich die Ermittlungen zu Jihad-Reisenden schwierig. Laut der BA sei der Aufenthaltsort dieser Personen «schwer eruierbar», und die sich aus der Nutzung moderner Kommunikationsmittel ergebenden elektronischen Spuren würden «systematisch verschleiert». Die Informationen über die Iraker stammen gemäss dem «Tages-Anzeiger» von ausländischen Nachrichtendiensten.

### **Optimistische Politiker**

Hier kommt der Entwurf für das neue Nachrichtendienstgesetz ins Spiel. Dem NDB soll die Beschaffung von Information durch präventive Überwachung moderner Kommunikationsmittel unter gewissen Bedingungen erlaubt werden. Noch im Sommer gab es starken Widerstand dagegen. Nur Kommissionspräsident Thomas Hurter (svp., Schaffhausen) war stets optimistisch. Die Berichte über die IS-Zelle kommen gerade recht: «Logisch kommt uns das entgegen», sagt Hurter, selber ein Befürworter des Gesetzes. Die Vorlage sei «gut unterwegs» und bereits zur Hälfte beraten. Eine Mehrheit der Kommission sei für das Gesetz. Er sei froh, dass auch in der Bevölkerung sich langsam die Einsicht durchsetze, dass auf die Gefahren des Terrorismus reagiert werden müsse. Es gehe nur um wenige Fälle pro Jahr, die nicht die Privatsphäre der Bürger betreffen. Letztlich sei es eine Entscheidung zwischen der Sicherheit aller und der Freiheit des Einzelnen.

Dass ausgerechnet jetzt, wo es bei den Beratungen der Vorlage ums Eingemachte geht, die Berichte über die drei Iraker eine kalkulierte Kampagne der Befürworter für das Gesetz seien, bestreitet Hurter vehement. Für Daniel Vischer (gps., Zürich) ist dies zumindest «nicht auszuschliessen». Vischer findet zudem, der Nachrichtendienst verfüge heute schon über genügend Mittel, die Revision brauche es nicht. Zudem hätten sie ja jetzt auch dank den ausländischen Diensten von den Verdächtigen erfahren, sagt er. Ida Glanzmann (cvp., Luzern) findet genau dies stossend: «Die ausländischen Dienste dürfen hierzulande mehr machen als unser eigener.» Jetzt entstehe

auch im Volk das Bewusstsein, dass der Dienst zu wenig Möglichkeiten habe, so die Nationalrätin. Auch Nationalrat Roland Fischer (glp., Zug) sagt, es gehe bei der Informationsbeschaffung um ein «Geben und Nehmen». Der Schweizer Dienst müsse mehr Möglichkeiten haben, um nicht abgehängt zu werden, besonders im Hinblick auf technologische Entwicklungen.

Für die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger zeigt der Fall der drei Iraker auf, dass dem Nachrichtendienst nun die richtigen Mittel gegeben werden müssten, damit dieser «nicht blind und taub» sei. Zu enge gesetzliche Fesseln vermutet auch Ständerat Joachim Eder (Zug, fdp.). Ihn «alarmieren» die begrenzten Möglichkeiten des NDB. Er hat am Mittwoch eine Interpellation zuhanden des Bundesrats eingereicht. Darin fordert er ihn auf, die jüngsten Ereignisse zum Anlass zu nehmen, dem Nachrichtendienst genügende Rechtsgrundlagen zu gewähren und nicht an personellen Ressourcen zu sparen.